

ORH-Bericht 2005 TNr. 18

High-Tech-Offensive Bayern - Projekt „Media@Komm - RegioSignCard“

Jahresbericht des ORH

Für ein bereits laufendes und durchfinanziertes Förderprojekt des Bundes zum Einsatz der elektronischen Signatur für kommunale Online-Anwendungen gewährte der Staat eine Zuwendung von 10,2 Mio. €. Diese zusätzliche Förderung war nicht erforderlich und hat ihr Ziel nicht erreicht.

Beschluss des Landtags

vom 30. März 2006
(Drs. 15/5160 Nr. 2 d)

Die Staatsregierung wird gemäß Art. 114 Abs. 3 und 4 der Bayerischen Haushaltsordnung ersucht,

- auch Projekte der High-Tech-Offensive Bayern nur dann zu fördern, wenn ohne die Zuwendung das erhebliche staatliche Interesse an der Erfüllung des Zwecks nicht befriedigt werden kann,
- das Einvernehmen zwischen den Zuwendungsgebern rechtzeitig herbeizuführen, die Projekte fortlaufend zu begleiten und sicherzustellen, dass Überfinanzierungen vermieden werden,
- in Zusammenarbeit mit den kommunalen Spitzenverbänden die Interoperabilität der staatlichen und kommunalen IT-Infrastruktur zu verbessern.

Dem Landtag ist bis 30.11.2007 zu berichten.

**Stellungnahme des
Staatsministeriums des Innern**

vom 1. Februar 2008
(IZ7-0142-2)

Die haushaltsrechtlichen Vorgaben für die Gewährung von Zuwendungen werden bei allen Förderungen beachtet.

Es liegt auch keine Doppelförderung vor, weil der Freistaat die Kommunen, der Bund aber die Projekt-GmbH gefördert hat. Der Bund teilt diese Auffassung, weshalb er auch keinen Erstattungsanspruch geltend gemacht hat.

Das Thema Interoperabilität kann nicht isoliert auf den Freistaat bezogen betrachtet

werden. Für fachübergreifende Datenaustauschformate ist beim Aktionsplan „Deutschland-Online“ ein Arbeitskreis der Staatssekretäre in Bund und Ländern verantwortlich. Im Auftrag des Kooperationsausschusses Automatisierte Datenverarbeitung Bund/Länder/Kommunen entwickelt die OSCI¹-Leitstelle Standards für die sichere Datenübermittlung der öffentlichen Verwaltung. Eine Koordinierungsstelle im Bundesverwaltungsamt unterstützt dies. Erfolgreichstes Projekt ist das mit dem Freistaat und den Kommunen entstandene Deutschland-Online-Vorhaben „Meldewesen“. Die Bayerischen IuK-Standards werden von einer Arbeitsgruppe erarbeitet, in der auch die kommunalen Spitzenverbände vertreten sind. Die E-Government-Basiskomponenten, die teilweise auch von den Kommunen genutzt werden können, vereinheitlichen die IT-Infrastruktur weiter.

Anmerkung des ORH

Die allgemeine Zusicherung, das Haushaltsrecht bei Förderungen zu beachten, ist sehr pauschal. Der ORH hätte erwartet, dass die Staatsregierung insbesondere klarstellt, keine Projekte mehr zu fördern, die bereits in anderer Weise finanziert sind.

Sowohl der ORH als auch der Bundesrechnungshof halten daran fest, dass sich die Frage nach einer Doppelförderung nicht rein formal beantworten lässt. Maßgeblich ist, dass der Freistaat für eine Fördermaßnahme des Bundes zusätzliche Landesmittel eingesetzt hat, die in vollem Umfang zur Finanzierung des Förderprojekts verwendet wurden. Dies ist nichts anderes als eine Doppelförderung. Die Projekt-GmbH ist im Übrigen inzwischen wieder aufgelöst und das Personal von den Kommunen übernommen worden.

Der ORH begrüßt die vielfältigen Aktivitäten, mit denen ein medienbruchfreies ebenen-

¹ OSCI = Online Service Computer Interface

übergreifendes E-Government erreicht werden soll.

**Beschluss des Ausschusses
für Staatshaushalt und
Finanzfragen**
vom 11. Juni 2008

Kenntnisnahme.